

future

wissenschaft & politik

EP

27

Jahres-
bericht
2025

Inhalt

1 — Ziele des Netzwerks FUTURE	2
2 — Funktionsweise des Netzwerks FUTURE	4
3 — Politikteam FUTURE	5
4 — Politische Bilanz: Überproportionale Budgetkürzungen vermeiden	8
5 — Die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen	21

1

Ziele des Netzwerks FUTURE

Seit seiner Gründung im Jahr 2001 pflegt das Netzwerk FUTURE den beständigen Dialog zwischen den Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung und den Akteuren der Bundespolitik (Bundesrat, Bundesverwaltung, Parlament und andere politische Organe aus Bildung, Forschung und Innovation). Das Hauptziel des Netzwerks FUTURE besteht in

der Schaffung und Bewahrung der bestmöglichen Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz. Mit seinen Aktivitäten setzt sich das Netzwerk FUTURE für eine stabile und nachhaltige Investitionspolitik im BFI-Bereich ein sowie für Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen des Wissenschaftsstandorts Rechnung tragen.

Funktionsweise des Netzwerks FUTURE

TRÄGER

Akademien der Wissenschaften Schweiz

ETH-Rat

Innosuisse

Schweizerischer Nationalfonds

swissuniversities

HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTIONEN



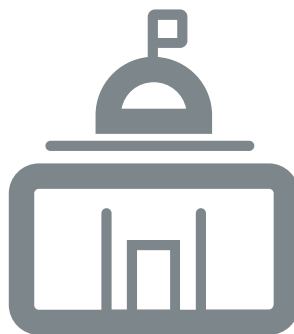
future
wissenschaft & politik



POLITIKTEAM

11	<u>FDP</u>
8	<u>Mitte</u>
6	<u>SP</u>
4	<u>Grüne</u>
3	<u>GLP</u>
1	<u>SVP</u>

PARLAMENT



Das Netzwerk FUTURE befindet sich an der Schnittstelle zwischen der Politik und dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich).

— Das Netzwerk FUTURE wird von Organisationen getragen, welche die Schweizer Hochschulen, Forschung und Innovation vertreten. Diese bestehen aus der Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen (swissuniversities), dem Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF), den Akademien der Wissenschaften Schweiz und der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse. Zusammen bilden diese Trägerorganisationen den Ausschuss des Netzwerks, in welchem sie sich zu aktuellen Themen austauschen und gemeinsame Positionen festlegen.

— Im Weiteren besteht das Netzwerk FUTURE aus einem Politikteam, dem Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem gesamten Parteien-Spektrum und aus allen Regionen der Schweiz angehören. Diese National- und Ständeratsmitglieder engagieren sich insbesondere in den parlamentarischen Kommissionen, die für den BFI-Bereich relevant sind. Im Bundesparlament geben die Mitglieder des Politikteams FUTURE Anregungen für politische Aktivitäten zu Themen, die den BFI-Bereich betreffen.

— Die Koordinatorin des Netzwerks FUTURE, Petra Studer, gewährleistet den Austausch an der Schnittstelle zwischen Ausschuss und Politikteam. Dabei wird sie von der Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE unterstützt, welche von der Agentur VIRTÜ Public Affairs AG geführt wird.

Politikteam FUTURE

Das Netzwerk FUTURE pflegt regelmässige Kontakte mit den Mitgliedern des Politikteams und sensibilisiert weitere Parlamentsmitglieder, die sich für die BFI-Politik interessieren, um das Team zu ergänzen.

WBK

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

WAK

Kommission für Wirtschaft und Abgaben

FK

Finanzkommission

KVF

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

RK

Kommission für Rechtsfragen

GPK

Geschäftsprüfungskommission

SPK

Staatspolitische Kommission

APK

Aussenpolitische Kommission

SGK

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

UREK

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

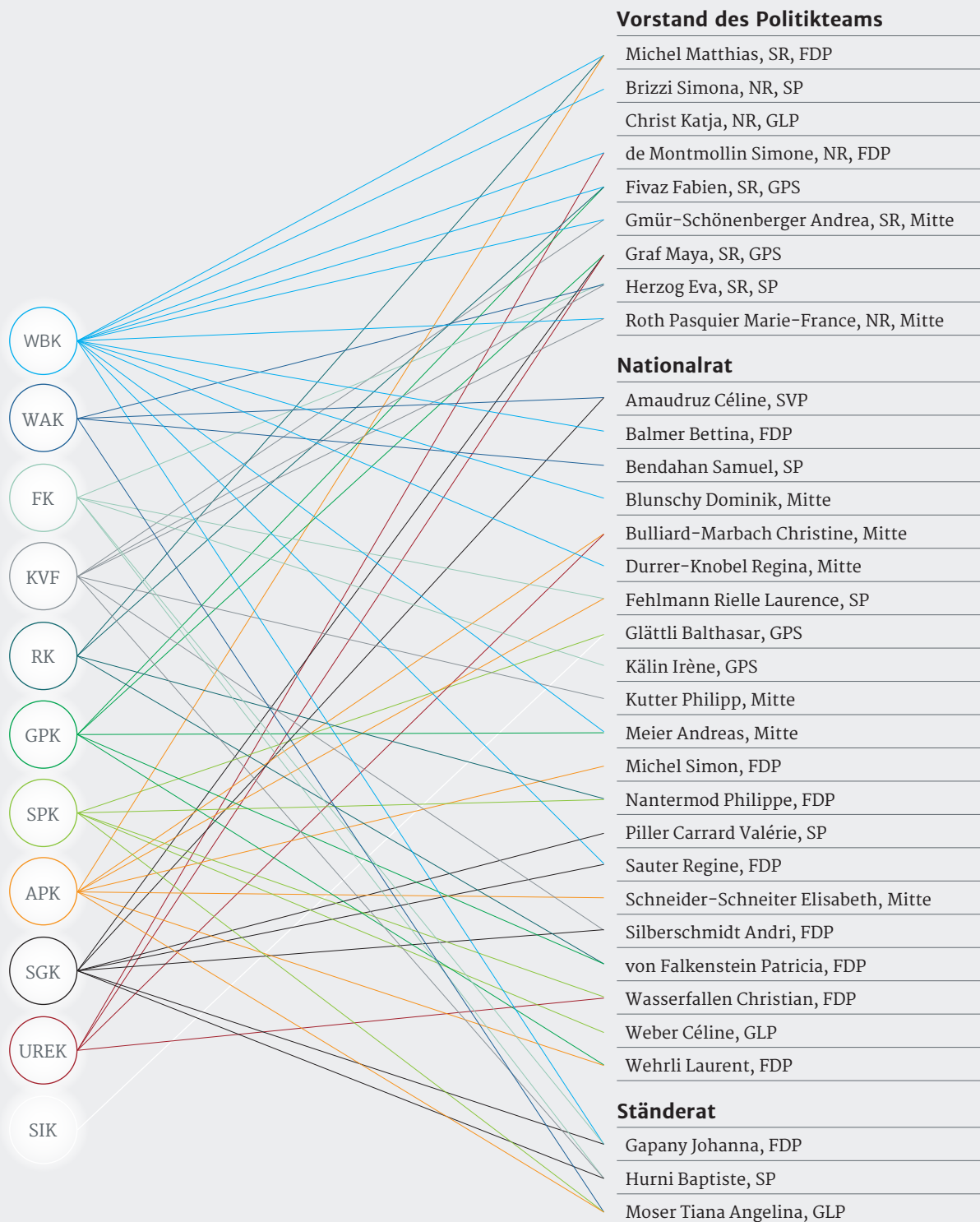
SIK

Sicherheitspolitische Kommission

Im Politikteam des Netzwerks FUTURE gab es im Berichtsjahr einige Veränderungen. Dem Vorstand beigetreten sind im März 2025 die beiden Nationalrätinnen Simona Brizzi (SP, AG) und Katja Christ (GLP, BS). Simona Brizzi war bereits seit 2024 Mitglied des Politikteams und wechselte in den Vorstand, um Nationalrat Matthias Aebischer (SP, BE) zu ersetzen, der das Parlament aufgrund seiner Wahl in den Gemeinderat der Stadt Bern verliess und somit auch aus dem Politikteam ausschied. Im Juni 2025 wurde auch Ständerat Fabien Fivaz (Grüne, NE) Mitglied des Vorstands. Er rückte im Berichtsjahr in den Ständerat nach, weil seine Parteikollegin Céline Vara in die Neuenburger Kantonsregierung gewählt worden war.

Dem Politikteam als Mitglieder beigetreten sind Nationalrat Simon Michel (FDP, SO) im März 2025, Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle (SP, GE) im Mai 2025 sowie Ständerat Baptiste Hurni (SP, NE) im Dezember 2025. Nicolas Walder (Grüne, GE) wurde im Berichtsjahr in die Regierung des Kantons Genf gewählt, amtiert daher nicht mehr als Nationalrat und hat entsprechend auch das Politikteam des Netzwerks FUTURE verlassen.

Am 31. Dezember 2025 umfasste das Politikteam FUTURE 33 Parlamentsmitglieder, die in folgenden parlamentarischen Kommissionen vertreten waren:



18%

Die im Rahmen des EP27 vorgesehenen Kürzungen erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem die Schweizer Hochschulen in den nächsten zehn Jahren mit einem Anstieg der Studierendenzahlen von 18% rechnen müssen.

Politische Bilanz: Überproportionale Kürzungen vermeiden

Das Berichtsjahr 2025 stand für das Netzwerk FUTURE ganz im Zeichen des Entlastungspakets 2027 für den Bundeshaushalt (EP27), dessen Eckpunkte der Bundesrat noch im September 2024 bekannt gegeben hatte. Im Weiteren wurde das Jahr für die Akteure im BFI-Bereich durch die rückwirkende Assoziierung ans EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» geprägt.

Die wichtigsten Geschäfte, Themen und Aktivitäten des Netzwerks FUTURE im Jahr 2025 werden im Folgenden zusammengefasst.

4.1

Entlastungspaket 2027: BFI-Bereich überproportional betroffen

Seit einigen Jahren steigen die Ausgaben des Bundes schneller als die Einnahmen. Für die Jahre ab 2027 erwartete der Bundesrat strukturelle Finanzierungsdefizite von bis zu 4 Milliarden Franken pro Jahr. Hauptgrund für dieses Ungleichgewicht sind insbesondere der Ausbau der Altersvorsorge und der Armee. Mit dem Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt (EP27) zielte der Bundesrat darauf ab, die finanzielle Lage des Bundes wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Noch im September 2024 gab er die Grundzüge des Pakets bekannt. Mit insgesamt 59 Sparmassnahmen plante er, den Bundeshaushalt im Jahr 2027 um 2,7 Milliarden Franken und im Jahr 2028 um 3,6 Milliarden Franken zu entlasten. Grundsätzlich liessen sich die geplanten Entlastungsmassnahmen in zwei Kategorien einteilen: in Massnahmen, die ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden könnten, sowie in Massnahmen, die eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen erfordern. Mit Budgetkürzungen von über 460 Millionen Franken pro Jahr war der BFI-Bereich überproportional von diesen Entlastungsmassnahmen betroffen. Während die Investitionen in den BFI-Bereich im Jahr 2012 noch 10,8% der Gesamtausgaben des Bundes ausmachten; lag dieser Anteil im Jahr 2024 bei nur noch 9,9%. Im Rahmen des EP27 hätte der BFI-Bereich nach den Plänen des Bundesrates im Jahr 2027 aber mit 16,4% und im Jahr 2028 mit 12,6% zum Sparvolumen beitragen sollen.

Im Januar 2025 schickte der Bundesrat seinen Entwurf für das «Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt», das alle Massnahmen mit Gesetzesänderung in einem sogenannten «Mantelerlass» umfasst, sowie die weiteren im Finanzplan 2027–2029 umzusetzen den Massnahmen, die keine Gesetzesänderung erfordern, in die Vernehmlassung. Im September überwies er die entsprechende Botschaft, mit im

Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage geringfügigen Änderungen, ans Parlament. Von ursprünglich 59 vorgeschlagenen Sparmassnahmen waren deren 57 auch in der Botschaft enthalten. Das Entlastungsvolumen lag für das Jahr 2027 nun bei 2,4 Milliarden Franken, für die Jahre 2028 und 2029 bei je rund 3 Milliarden Franken. Der prozentuale Anteil des BFI-Bereichs am gesamten Sparvolumen war weiter angewachsen (18,5% im Jahr 2027 und 15,2% im Jahr 2028).

Die Massnahmen des Mantelerlasses betrafen im BFI-Bereich das Hochschulförderungs- und -Koordinationsgesetz (HFKG), das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG), das Berufsbildungsgesetz (BBG) sowie das Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG).

Im HFKG plante der Bundesrat Anpassungen bei der Höhe der Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen und wollte die gesetzliche Grundlage für projektgebundene Beiträge an Hochschulen streichen. Im FIFG plante der Bundesrat, verschiedene vom Parlament erst kürzlich im Rahmen einer Revision des FIFG bewilligte Anpassungen wieder rückgängig zu machen, dank denen Innosuisse innovative Projekte und Start-ups agiler unterstützen kann. Im BBG hätten die Bundesbeiträge an Projekte auf 50% der anrechenbaren Kosten limitiert werden müssen. Im WeBiG wollte der Bundesrat die gesetzliche Grundlage für die Förderbestimmungen ganz aufheben.

Im Finanzplan 2027–2029 plante der Bundesrat, den Anteil des Bundes an den Grundbeiträgen für die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen um 120 Millionen Franken pro Jahr zu reduzieren, den Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Bereich um jährlich 78 Millionen Franken zu kürzen sowie die Beiträge des Bundes an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und an Innosuisse je um 10% zu senken.

Ein solcher Investitionsrückgang hätte weitreichende Folgen für die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung gehabt und damit für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft. Bereits im Jahr 2024 hatten die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE deshalb eine gemeinsame Strategie für

den Umgang mit den geplanten Kürzungen festgelegt und einen entsprechenden Aktionsplan für das Berichtsjahr erarbeitet.



Ständerat beschliesst gezielte Korrekturen

Im Rahmen des parlamentarischen Prozesses fasste sich anfangs Oktober 2025 als Erstes die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) mit dem Entlastungspaket. Weil im Rahmen der Vernehmlassung über 1500 Stellungnahmen eingegangen waren, führte die Kommission umfassende Anhörungen mit den betroffenen Kreisen durch. Aus dem BFI-Bereich hörte sie den ETH-Rat, swissuniversities, den Schweizerischen Nationalfonds (SNF), Innosuisse und FH Schweiz an. Parallel dazu führte auch die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) Anhörungen durch und verabschiedete einen Mitbericht zuhanden der FK-S, in welchem sie gezielte Korrekturen an den im BFI-Bereich geplanten Sparmassnahmen forderte.

Seitens der FK-S folgten Vorberatungen in den Subkommissionen sowie mehrtägige Detailberatungen im Plenum. Im November beantragte die Kommission ihrem Rat, die geplanten Entlastungen des EP27 im ETH-Bereich, bei den kantonalen Universitäten und den Fachhochschulen sowie bei Innosuisse zu reduzieren. Die Mehrheit der FK-S war der Ansicht, dass die im BFI-Bereich vorgesehenen Sparmassnahmen den Bereich überproportional belasteten, zu einschneidend waren und der Wirtschaft grossen Schaden zufügten, statt diese zu stützen. Die Korrektur der Kürzungen beim SNF wurde indes nur von einer Minderheit der FK-S portiert.

In der Wintersession 2025 gab es aus Sicht des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation erfreuliche Nachrichten aus dem Ständerat. Als Erstrat hatte er im EP27 gezielte Korrekturen vorgenommen, welche die Situation für die vier betroffenen Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE verbessern. Die kleine Kammer reduzierte das

Entlastungsvolumen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen im BFI-Bereich für das Jahr 2027 von 443,7 Millionen auf 224,7 Millionen Franken und für das Jahr 2028 von 455,1 Millionen auf 299,6 Millionen Franken.

Die finanziellen Auswirkungen der Entscheide des Ständerates (SR) zum EP27 lassen sich für den BFI-Bereich wie folgt zusammenfassen:

Massnahme	Vorschlag BR 2027*	Korrektur SR 2027*	Vorschlag BR 2028*	Korrektur SR 2028*	Vorschlag BR 2029*	Korrektur SR 2029*
Stärkung der Nutzerfinanzierung der universitären Hochschulen und Fachhochschulen (Grundbeiträge)	-120	-60	-120	-60	-120	-60
Verzicht auf projektgebundene Beiträge an universitäre Hochschulen und Fachhochschulen (Projekte)	-27,9	-27,9	-29,6	-29,6	-29,6	-29,6
Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich	-78	-11	-78	-78	-78	-78
Schweizerischer Nationalfonds (SNF): Kürzung des Bundesbeitrags	-131	-65	-139,3	-70,3	-139,3	-70,3
Innosuisse: Kürzung des Bundesbeitrags	-32	-16	-33,1	-16,6	-33,1	-16,6
Berufsbildung: Kürzung der Innovations- und Projektbeiträge in der Berufsbildung auf 50%	-10	-10	-10	-10	-10	-10
Weiterbildung: Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	-19,2	-9,2	-19,6	-9,6	-19,8	-9,8
Kürzung der Ressortforschung Bund	-25,6	-25,6	-25,5	-25,5	-25,5	-25,5
Total	-443,7	-224,7	-455,1	-299,6	-455,3	-299,8

*in Millionen Franken

Der Ständerat verwarf die meisten vom Bundesrat im Rahmen des EP27 vorgesehenen, den BFI-Bereich betreffenden Gesetzesänderungen, wie dies die BFI-Akteure forderten. Im HFKG entschied er, die Beitragssätze an die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen von 20 respektive 30 Prozent jeweils mit dem Begriff «höchstens» zu ergänzen; die kleine Kammer verzichtete jedoch darauf, die Höchstzahlen auf die vom Bundesrat vorgesehenen 18,4 respektive 27 Prozent zu reduzieren. Im Weiteren entschied die kleine Kammer,

die gesetzliche Grundlage für die projektgebundenen Beiträge im HFKG beizubehalten. Beim FIFG verzichtete die kleine Kammer auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung. Im BBG folgte die kleine Kammer dem Bundesrat, allerdings soll der Bund in begründeten Fällen Beiträge von bis zu 80 Prozent der anrechenbaren Projektkosten gewähren können. Weiter entschied der Ständerat, die Grundlage für die Förderbeiträge des Bundes im Weiterbildungsgesetz beizubehalten.

Des Weiteren reduzierte der Ständerat die vom Bundesrat angestrebte Kürzung der Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen von jährlich 120 Millionen Franken auf 60 Millionen Franken pro Jahr. Dem Verzicht auf die projektgebundenen Beiträge in den Jahren 2027 bis 2029 stimmte er zu, mit Ausnahme der geplanten 11,5 Millionen Franken zur Umsetzung der Pflegeinitiative. Die vorgesehene Kürzung des Bundesbeitrags an den ETH-Bereich reduzierte die kleine Kammer für das Jahr 2027 von 78 Millionen auf 11 Millionen Franken. Die angepeilten Kürzungen der Bundesbeiträge an den SNF und an Innosuisse halbierte er von je 10% auf je 5%. Bei der Weiterbildung reduzierte der Ständerat die vom Bundesrat vorgeschlagene Kürzung von über 19 Millionen Franken auf rund 10 Millionen Franken pro Jahr.

Der Nationalrat wird das EP27 in der Frühjahrs-session 2026 beraten.



Sensibilisierung für wichtige Anpassungen

Das Netzwerk FUTURE hat sich im Berichtsjahr intensiv dafür eingesetzt, der Besorgnis der Akteurinnen und Akteure des BFI-Bereichs angesichts des immensen Sparvorhabens Gehör zu verschaffen. Es hat den Parlamentsmitgliedern die zu erwartenden negativen Auswirkungen des überproportionalen Investitionsrückgangs im BFI-Bereich auf die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt und sie bei der Formulierung von gezielten Korrekturen des Paketes unterstützt.

Das Netzwerk FUTURE hat insbesondere:

- regelmässig in enger Zusammenarbeit mit dem Politikteam des Netzwerks die Mitglieder des Parlaments über die Auswirkungen der Entlastungsmassnahmen im BFI-Bereich auf die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft informiert und für die Bedürfnisse der Institutionen des BFI-Bereichs sensibilisiert.

- am 11. Februar 2025 einen gemeinsamen Point de Presse der Trägerorganisationen zum EP27 organisiert. Anlässlich der Medienkonferenz warnten Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen und der Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung vor den Konsequenzen der Kürzungen für den BFI-Standort Schweiz und die Schweizer Wirtschaft. Sie legten dar, dass ein vom Bund eingesparter Franken einen volkswirtschaftlichen Verlust von bis zu fünf Franken bedeuten würde, und forderten den Bundesrat auf, auf die massiven Einsparungen zu verzichten. Eine entsprechende Medienmitteilung und ein Positionspapier mit der gemeinsamen Positionierung der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung zum EP27 gingen gleichentags an die Medienschaffenden.

- das Positionspapier der FUTURE-Trägerorganisationen im Rahmen des Vernehmlassungsprozesses mit Partnerorganisationen aus Politik und Wirtschaft geteilt.

- am 3. März 2025 im Newsletter zur Frühjahrs-session der eidgenössischen Räte einen Schwerpunkt zum EP27 publiziert und auf die Auswirkungen der Sparmassnahmen im BFI-Bereich auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft hingewiesen.

- am 5. März 2025 eine Sitzung im Rahmen des runden BFI-Tischs zum Thema EP27 durchgeführt. Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE tauschten sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Berufsbildung, der Weiterbildung, der Wirtschaftsverbände, der Sozialpartner und der Kantone aus. Die Gespräche zielten darauf ab, die gemeinsamen Interessen der beteiligten Organisationen zu identifizieren. Neben den Trägern des Netzwerks FUTURE) nahmen folgende Organisationen am runden BFI-Tisch teil: die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), der Schweizerische Verband für Weiterbildung (SVEB), der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), economie-suisse, scienceindustries, Swissmem sowie das Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM).

Durch den im Rahmen
des EP27 geplanten
Investitionsrückgang in
den Bereichen Forschung
und Innovation können
diese Bereiche ihre
Funktion als Schweizer
Wirtschaftsmotor nicht
mehr wahrnehmen. Ein
hier vom Bund eingesparter
Franken bedeutet einen
volkswirtschaftlichen Verlust
von drei bis fünf Franken.

1 = 5

- am 17. März 2025 die Mitglieder der eidgenössischen Räte zu einem informellen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung im Bundeshaus eingeladen. Dabei konzentrierten sich die Gespräche auf die Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 auf den BFI-Bereich und damit auf die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft. Die FUTURE-Trägerorganisationen waren wie folgt vertreten: Yves Flückiger (Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz, a+), Marianne Bonvin Cuddapah (Geschäftsführerin von a+), Michael Hengartner (Präsident des ETH-Rats), Gérald Walti (Vizedirektor von Innosuisse), Torsten Schwede (Präsident des Forschungsrates des SNF), Angelika Kalt (Direktorin des SNF), Andrea Schenker-Wicki (Rektorin der Universität Basel und Vizepräsidentin von swissuniversities), Crispino Bergamaschi (Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz, FHNW) sowie Martina Weiss (Generalsekretärin von swissuniversities). Petra Studer, Koordinatorin des Netzwerks FUTURE, eröffnete den Anlass und führte durch den angeregten Wissens- und Meinungs-austausch. 13 Parlamentsmitglieder sowie zwei Mitglieder von Parteisekretariaten nutzten die Gelegenheit, um sich aus erster Hand zu informieren.
- am 1. Mai 2025 in Abstimmung mit den Stellungnahmen der Trägerorganisationen eine ausführliche Vernehmlassungsantwort zum EP27 bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingereicht. Im Schreiben hat das Netzwerk zu allen, den BFI-Bereich betreffenden, Massnahmen detailliert Stellung genommen.
- in der ersten Jahreshälfte 2025 den Aktionsplan des Netzwerks FUTURE zum EP27 regelmässig aktualisiert und eine gemeinsame Sprachregelung für die Trägerorganisationen ausgearbeitet.
- im Juni 2025 anlässlich der Sommersession mit den Mitgliedern des Politikteams einen intensiven Austausch zur politischen Strategie bezüglich der den BFI-Bereich betreffenden Massnahmen geführt.
- am 24. Juni anlässlich einer Klausursitzung des Ausschusses die gemeinsame Strategie der vom EP27 betroffenen Trägerorganisationen konkretisiert und sich auf die im Parlament gewünschten Korrekturen geeinigt.
- im Zeitraum von August bis November 2025 in enger Zusammenarbeit mit den Trägerorganisationen die Anhörungen der Akteure des BFI-Bereichs in den Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur und der Finanzkommissionen beider Räte vorbereitet.
- am 4. September 2025 eine weitere Sitzung im Rahmen des runden BFI-Tischs zum EP27 und dessen Auswirkungen durchgeführt. Das Setting entsprach dabei der Sitzung vom 5. März 2025. Teilgenommen haben neben den Trägerorganisationen: die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), der Schweizerische Verband für Weiterbildung (SVEB), scienceindustries, Swissmem und Interpharma.
- im September 2025 das Editorial seines **Newsletters zur Herbstsession** dem EP27 gewidmet. Darin appellierte Ständerätin Eva Herzog, Vorstandsmitglied des Politikteams des Netzwerks FUTURE, an die eidgenössischen Räte, die vom Bundesrat geplanten Mittelkürzungen bei den Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung zu korrigieren, um die Exzellenz des BFI-Standorts Schweiz zu erhalten.
- sich im Oktober und November 2025 mit Mitgliedern der WBK-S und der FK-S getroffen, um über die Auswirkungen des EP27 zu informieren und gezielte Korrekturen am Paket vorzuschlagen.
- im Oktober 2025 ein gemeinsames Schreiben der Präsidien von ETH-Rat, swissuniversities, SNF und Innosuisse zuhanden der Mitglieder der FK-S verfasst und versandt, um auf die Auswirkungen der Sparmassnahmen im BFI-Bereich aufmerksam zu machen.
- in der Wintersession 2025 in einer **Sonderausgabe des Newsletters** zum EP27 ein Editorial von Ständerat Matthias Michel, Präsident des FUTURE-Politikteams, publiziert. Darin plä-

dierte er für gezielte Korrekturen im Finanzplan 2027-2029, um im BFI-Bereich für Planungssicherheit zu sorgen und um ein «Stop-and-Go» zu vermeiden. Die gleiche Ausgabe des Newsletters enthielt einen Artikel, der die Entscheide der FK-S zum EP27 erläuterte, sowie detaillierte Abstimmungsempfehlungen für die anstehende Debatte im Ständerat.

- am 12. Dezember 2025 während der Winter-session im Auftrag der FUTURE-Trägerorganisationen ein Schreiben an die Mitglieder des Ständerates verfasst und versandt, um auf die Auswirkungen des EP27 aufmerksam zu machen und die verschiedenen Mehrheits- und Minderheitsanträge für gezielte Korrekturen im BFI-Bereich zur Unterstützung zu empfehlen.
- in den elektronischen Newsmails der Monate **Januar**, **Februar** sowie **Juli/August** für die Auswirkungen des Entlastungspakets im BFI-Bereich sensibilisiert.

4.2

Horizon Europe: Die Schweiz ist rückwirkend auf den 1. Januar 2025 wieder vollasoziiert

Für die Akteure der Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz sind das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizon Europe) und das EU-Programm für Bildung (Erasmus+) von enormer Bedeutung. Am Erasmus-Programm konnte die Schweiz bereits seit 2014 nicht mehr teilnehmen. Nachdem die Schweiz im Jahr 2021 auch ihre Vollasoziiierung am Programm Horizon Europe verloren hatte, machte die EU eine erneute Teilnahme der Schweiz an den beiden Programmen vom Verhandlungsfortschritt beim gesamten Vertragspaket Schweiz-EU (Bilaterale III) abhängig.

Ein wichtiger erster Schritt hin zu einer erneuten Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen

war bereits im Jahr 2024 erfolgt. Im Dezember 2024 wurden die Verhandlungen über ein drittes Paket bilateraler Abkommen zwischen der Schweiz und der EU materiell abgeschlossen. Im Rahmen der Verhandlungen war auch das Abkommen über die Teilnahme der Schweiz an den Programmen der EU (Programmabkommen Schweiz-EU/EUPA) ausgehandelt worden, welches die Bedingungen für die Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen für Bildung, Forschung und Innovation regelt. Konkret regelt das EUPA die Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen Horizon Europe, Euratom, ITER, Digital Europe (Horizon-Paket) sowie an Erasmus+ und am Gesundheitsprogramm EU4Health. Aufgrund des materiellen Abschlusses im Jahr 2024 kündigte die Europäische Kommission noch im Dezember 2024 an, die zuvor teilweise geltende Übergangsregelung für das Horizon-Paket auf den 1. Januar 2025 für das Jahr 2025 vollständig zu aktivieren. So konnten Forscherinnen und Forscher sowie Akteurinnen und Akteure der Innovation in der Schweiz im Berichtsjahr bereits an verschiedenen Projektaus-schreibungen der Programme «Horizon Europe», «Euratom» und «Digital Europe» teilnehmen.

In Bezug auf eine vorläufige vollständige Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe, Euratom und Digital Europe war der Fahrplan im Berichtsjahr bereits im Januar klar. Eine vorgezogene Unterzeichnung des EUPA, welches Bestandteil des Gesamtpakets der Bilateralen III ist, im November 2025 würde mit einer vorläufigen Assoziierung der Schweiz an diese Programme rückwirkend auf den 1. Januar 2025 einhergehen.

Im Vorfeld galt es allerdings eine weitere Hürde zu nehmen. Die eidgenössischen Räte mussten den für das Jahr 2025 fälligen Pflichtbeitrag an die EU für die Teilnahme der Schweiz am Horizon-Paket sprechen. In der Sommersession bewilligten sie im Rahmen des Nachtrags I zum Voranschlag 2025 die hierfür notwendigen 666 Millionen Franken. Das Parlament hatte im Jahr 2020 mit der Botschaft für die Assoziierung der Schweiz am Horizon-Paket bereits einen Rahmenkredit für die Jahre 2021-2027 bewilligt. Der Ständerat unterstützte den Nachtragskredit als Erstrat, der Nationalrat bestätigte den Entscheid. Beide Kammern lehnten Minderheitsanträge aus ihren Finanzkommissionen ab, welche die Bedeutung einer Vollasoziiierung an die EU-Programme in

Der Bundesrat schlug im Rahmen des EP27 vor, die Bundesbeiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) in den Jahren 2027/2028 um 10 Prozent zu kürzen mit einer Einsparung von insgesamt 270 Millionen Franken. Dadurch hätte der SNF die Stellen von bis zu 1500 jungen Doktorandinnen und Doktoranden nicht mehr finanzieren können.

1,5
00

Frage stellten und die seitens der Schweiz zur Abfederung der Folgen der Nichtassoziiierung in den Jahren 2021 bis 2024 lancierten Übergangsmassnahmen als ausreichend erachteten.

Am 10. November 2025 war es dann so weit: Bundesrat Guy Parmelin und EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva unterzeichnen das EUPA in Bern.

Nach vier langen Jahren des Ausschlusses konnten Schweizer Forschende und Innovationsakteure endlich wieder vollumfänglich an den Ausschreibungen des Horizon-Pakets teilnehmen. Eine Chance, die sie im Berichtsjahr bereits aktiv und mit zum Beispiel über 50 vom Europäischen Forschungsrat (ERC) geförderten Projekten auch erfolgreich genutzt haben.

Auch eine Assoziierung der Schweiz an das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ist das erklärte Ziel des Bundesrates. Im EUPA wurden die Parameter für eine Assoziierung an Erasmus+ ab dem Jahr 2027 vereinbart.

Da das Programmabkommen ein vorgezogen angewendeter Bestandteil des Vertragspakets Schweiz-EU ist, hängt die langfristige Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe und Erasmus+ direkt vom Schicksal des Vertragspakets ab. Die Vernehmlassung zu den Bilateralen III, an welcher sich auch Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE beteiligten, endete im Oktober des Berichtsjahres. Der Bundesrat wird seine entsprechende Botschaft voraussichtlich im Frühjahr 2026 zuhänden des Parlaments verabschieden.

Das Netzwerk FUTURE hat das Dossier während des gesamten Jahres aufmerksam verfolgt. Im Rahmen eines Sessionsanlasses und in seinen Publikationen hat es die Bedeutung einer raschen Assoziierung der Schweiz an die Programme des Horizon-Pakets (insbesondere Horizon Europe) sowie das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ betont und an die negativen Auswirkungen des Ausschlusses der Schweiz aus den EU-Programmen erinnert.

— Im März 2025 wies Ständerätin Tiana Angelina Moser, Mitglied des Politikteams des Netzwerks FUTURE, in einem Editorial im **Newsletter zur Frühjahrssession** darauf hin, dass die langfristige Teilnahme der Schweiz an Horizon

Europe davon abhängt, wie sich Parlament und Stimmvolk zu den Bilateralen III entscheiden werden. Auch erinnerte sie daran, dass die für die Assoziierung notwendigen Pflichtbeiträge alljährlich mit dem Bundesbudget vom Parlament gesprochen werden müssen.

— Im Juni 2025 nahm das Netzwerk FUTURE anlässlich eines gemeinsam mit der Parlamentarischen Gruppe Bildung Forschung Innovation organisierten Sessionsanlasses im Hotel Bellevue Palace Bern an der Präsentation einer von scienceindustries in Auftrag gegebenen Studie teil, welche die enorme Bedeutung der EU-Programme für Bildung, Forschung und Innovation für die Schweizer Forschungs- und Innovationswirtschaft aufzeigte.

— Im **Newsletter zur Sommersession** 2025 erinnerte Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier, Vorstandsmitglied des FUTURE-Politikteams, im Editorial an die Vorteile, die eine erneute Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ für die Jugend mit sich bringen würde. Im Schwerpunktartikel hat das Netzwerk FUTURE aufgezeigt, dass die Verabschiedung des Nachtragskredits I für die Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Forschung und Innovation im Jahr 2025 eine Grundbedingung darstellt.

— Im regulären **Newsletter zur Wintersession** 2025 wies Ständerat Fabien Fivaz im Editorial auf die Bedeutung der «Bilateralen III» für die langfristige Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe und den nachfolgenden Programmen sowie für eine Assoziierung an Erasmus+ ab 2027 hin. Auch der Schwerpunktartikel widmete sich der Bedeutung der «Bilateralen III» für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. In den Facts & Figures des Newsletters zeigte das Netzwerk FUTURE auf, wie stark Schweizer Forschende im Berichtsjahr bereits von den Ausschreibungen des ERC profitieren konnten.

— In den monatlichen elektronischen News-mails machte das Netzwerk FUTURE in den Monaten **März** (zum Nachtragskredit für den Pflichtbeitrag für die Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe im Jahr 2025), **April** (zum Programmabkommen Schweiz-EU, EUPA),

Mai (zum Nachtragskredit), Oktober (Stellungnahmen der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungsförderung zu den «Bilateralen III») und November 2025 (zum EUPA) auf das Dossier aufmerksam.

4.3

Voranschlag 2026: Entscheide im Einklang mit der BFI-Botschaft 2025–2028

In der Wintersession 2025 verabschiedeten die eidgenössischen Räte den Voranschlag 2026. Im Bereich Bildung, Forschung und Innovation entsprachen die Entscheide der beiden Räte den Beschlüssen in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028).

Während der Ständerat die den BFI-Bereich betreffenden Budget-Positionen ohne Änderungen verabschiedet hat, beschäftigte sich der Nationalrat mit verschiedenen Minderheitsanträgen seiner Finanzkommission (FK-N). Beim Finanzierungsbeitrag des Bundes für den ETH-Bereich folgte die grosse Kammer der Mehrheit der FK-N und verwarf einen Antrag für eine Kürzung um rund 28 Millionen Franken mit 123 zu 66 Stimmen. Beim Beitrag an die Unterbringung des ETH-Bereichs zog die Kommissionsminderheit ihren Kürzungsantrag zurück. Auch beim Finanzierungsbeitrag an Innosuisse hat der Nationalrat einen Minderheitsantrag für eine Kürzung um rund 14 Millionen Franken mit 126 zu 63 Stimmen abgelehnt. Zudem folgte die grosse Kammer bei der internationalen Zusammenarbeit in der Forschung der Mehrheit der FK-N und lehnte einen Kürzungsantrag mit 115 zu 73 Stimmen ab.

Der Nationalrat hat allerdings auch die Anträge einer Minderheit der FK-N zur Aufstockung der Kredite für die Pauschalbeiträge an die Kantone in der Berufsbildung, die projektgebundenen Beiträge an die Hochschulen sowie die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung mit 124 zu 61 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

Die vom EP27 betroffenen Ausgabenposten des Aufgaben- und Finanzplans 2027–2029 blieben offen, weil beide Räte das EP27 erst im März 2026 beraten und verabschieden werden.

Das Netzwerk FUTURE hat den parlamentarischen Prozess des Voranschlags 2026 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2027–2029 aufmerksam verfolgt. Es unterhielt regelmässige Kontakte zu den Mitgliedern des Politikteams FUTURE und leistete Sensibilisierungsarbeit bei weiteren Parlamentsmitgliedern. In seinen Newsletter-Ausgaben vom März 2025, September 2025 und Dezember 2025 erinnerte es daran, wie wichtig finanzielle Planungssicherheit für die BFI-Akteure ist. Es hat die Thematik im Weiteren in seinen elektronischen Newsmails vom Februar 2025 und Juli/August 2025 aufgenommen.

4.4

Praxisintegrierte Bachelorstudiengänge im HFKG verankert

Die Fachhochschulen haben im Berichtsjahr eine gesetzliche Grundlage erhalten, um in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sogenannte praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) anbieten zu können. PiBS ermöglichen es Maturanden, ein vierjähriges Fachhochschulstudium zu absolvieren, das einen Praxisanteil in einem Unternehmen beinhaltet. Nach dem Nationalrat in der Herbstsession 2025 für eine gesetzliche Grundlage für PiBS im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) ausgesprochen. Ins Gesetz soll ausserdem ein Absatz aufgenommen werden, der besagt, dass bei «bildungspolitisch unerwünschten» Effekten erneut über die Ausgestaltung von PiBS verhandelt werden könne. Das Netzwerk FUTURE hat die Gesetzesanpassung in seinem Newsletter vom Dezember 2025 aufgegriffen und den eidgenössischen Räten empfohlen, die PiBS im HFKG gesetzlich zu verankern.

4.5

Neue Titelzusätze in der höheren Berufsbildung

Im Berichtsjahr haben die eidgenössischen Räte einer Änderung des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) zugestimmt. Mit der Gesetzesänderung wollte der Bundesrat die Sichtbarkeit und das Ansehen der höheren Berufsbildung stärken. Eine zentrale Massnahme bildete die Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» für Abschlüsse der Tertiärstufe B. Diese Titelzusätze sollen unterstreichen, dass die Abschlüsse der höheren Berufsbildung zur Tertiärstufe gehören.

Mit 105 zu 85 Stimmen bei 4 Enthaltungen lehnte der Nationalrat einen Minderheitsantrag seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) ab, der die Einführung einer spezifischen Bezeichnung «Professional Bachelor» plus Angabe der jeweiligen Fachrichtung forderte, wenn der Titel durch einen eidgenössisch anerkannten Bildungsgang an einer höheren Fachschule erworben wurde. Das Netzwerk FUTURE hatte empfohlen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Die Gesetzesänderung führt zudem mehrere unumstrittene Neuerungen ein: das Recht auf die Bezeichnung «Höhere Fachschule», die Einführung von Englisch als zusätzliche Prüfungssprache und die Flexibilisierung der Nachdiplomstudien. Beide Räte haben das Geschäft in den Schlussabstimmungen der Wintersession angenommen.

4.6

Investitionen in Start-ups

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) will die Bedingungen für die Entwicklung von Start-ups in der Schweiz verbessern. Sie hat im Berichtsjahr ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat beauftragt, die Hindernisse in der Wachstumsphase (Scale-up) von Start-ups zu analysieren und konkrete Massnahmen zur Förderung von Investitio-

nen in dieser Phase vorzuschlagen. Obwohl die Schweiz über ein günstiges Ökosystem für die Gründung von Start-ups verfüge, bleibe die Wachstumsphase dieser jungen Unternehmen eine Herausforderung, so die WBK-S. Mehrere Faktoren, wie ein erheblicher Mangel an Wagniskapital und ein begrenzter Binnenmarkt, veranlassten Start-ups dazu, ihre Entwicklung im Ausland fortzusetzen. Das sei ein Risiko, wenn die Schweiz ihre Innovationskraft und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten wolle. Der Ständerat nahm das Postulat in der Sommersession 2025 an. Aufgrund dieses Postulats wurde die Motion «Schaffung eines Innovationsfonds», die ein ähnliches Ziel verfolgte, zurückgezogen. Das Netzwerk FUTURE hat das Dossier im Berichtsjahr aufmerksam verfolgt und in seinem [Newsletter vom Juni 2025](#) darüber berichtet.

4.7

Den Pharma- und Biotechnologiestandort Schweiz stärken

Der Ständerat hat in der Herbstsession des Berichtsjahres die Motion «Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz» von Ständerätin Eva Herzog (SP, BS) mit 45 zu 0 Stimmen angenommen. Die Motion fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Stärkung des Pharma- und Biotechnologiestandorts Schweiz zu erarbeiten und umzusetzen. Vor dem Hintergrund der drohenden US-Zölle gelte es, die Interessen der Schweiz zu wahren, damit die Investitionen im Bereich Forschung und Innovation der betroffenen Unternehmen auch in Zukunft in erster Linie in der Schweiz erfolgen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) wird das Geschäft im Januar 2026 beraten. Das Netzwerk FUTURE hat in seinem elektronischen [Newsmail vom September 2025](#) über den Stand des Vorstosses berichtet und wird das Geschäft weiter beobachten.

4.8

Erste Impulse für die BFI-Botschaft 2029-2032

Die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2029-2032 (BFI-Botschaft 2029-2032) soll neue Herausforderungen im internationalen Wettbewerb um Wissenschaft und Technologie besser berücksichtigen. Der Nationalrat hat in der Herbstsession des Berichtsjahrs ein entsprechendes Postulat seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) einstimmig unterstützt. Die grosse Kammer beauftragt damit den Bundesrat, aufzuzeigen, wie den wissenschaftlichen und technologischen Herausforderungen in den Bereichen Wissenserwerb, Wissensnutzung und Förderung des Schweizer Know-hows auf internationaler Ebene besser Rechnung getragen werden kann. Der Bericht soll zur Vorbereitung der BFI-Botschaft 2029-2032 beitragen. Das Netzwerk FUTURE hat in seinem elektronischen **Newsmail vom September 2025** über das Geschäft berichtet.



300

600

Bei Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung) sah der Bundesrat im Rahmen des EP27 eine Kürzung des Bundesbeitrags um mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr vor. Gemäss aktuellen Schätzungen hätten dadurch jährlich über 60 innovative, gemeinsam von Wirtschaft und Wissenschaft getragene Projekte in Bereichen wie Digitalisierung oder soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht mehr finanziert werden können.

Die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen

Publishing

In Ergänzung zu den in der politischen Bilanz präsentierte Dokumenten hat das Netzwerk FUTURE im Jahr 2025 folgende Publikationen verfasst und herausgegeben:

- 4 Print-Newsletter von je vier Seiten, mit je einem Editorial, verschiedenen Artikeln zu aktuellen Themen aus dem BFI-Bereich, Infografiken und Kurznachrichten.
- 1 Spezialausgabe des Print-Newsletters zum Entlastungspaket 27 von 3 Seiten, mit einem Editorial, einem Schwerpunktbericht und Abstimmungsempfehlungen.
- 10 elektronische Newsmails mit Infografiken, Meinungsbeiträgen, den Nachrichten des Monats, Hinweisen auf neue Publikationen sowie einer Vorschau auf wichtige Termine.
- 4 Sessionsprogramme in elektronischer Form, mit den Terminen, an welchen die für den BFI-Bereich relevanten parlamentarischen Geschäfte in den eidgenössischen Räten beraten wurden.
- 4 Sessionsberichte in elektronischer Form, mit Zusammenfassungen der Entwicklungen in den parlamentarischen Geschäften, die für den BFI-Bereich relevant sind. Enthalten waren zudem Übersichten über neu eingereichte und vom Bundesrat beantwortete Vorstösse.

Alle Publikationen sind in deutscher und französischer Sprache verfügbar.

Per 31. Dezember 2025 hatten 1'669 Personen die elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE abonniert – 1'201 in deutscher und 468 in französischer Sprache. Das sind insgesamt 74 Abonnetinnen und Abonnenten mehr als im Vorjahr.

Die einmalige Öffnungsrate der elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE lag im Berichtsjahr bei durchschnittlich 60,2%. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (2024: 47,7%).

Monitoring und Webpublishing

Das Netzwerk FUTURE überwacht die tägliche Berichterstattung zu Entscheiden, Ereignissen und Neuigkeiten im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Im Jahr 2025 wurde insgesamt in 157 News-Beiträgen über diese Aktualitäten informiert. Sämtliche News wurden von der Geschäftsstelle in Deutsch und Französisch verfasst und online auf der Webseite des Netzwerks FUTURE (www.netzwerk-future.ch) publiziert.

Im Berichtsjahr 2025 haben 4'163 aktive Nutzerinnen und Nutzer die Webseite des Netzwerks FUTURE besucht. Davon waren 11,6% wiederkehrende Nutzerinnen und Nutzer. Die Geschäftsstelle verwendet Google Analytics (GA4) zur Erhebung der Nutzerdaten.

Die aktuellen politischen Geschäfte werden in einer Monitoring-Liste festgehalten, die für die Vertreterinnen und Vertreter der Trägerorganisationen aufbereitet und auf der Webseite des Netzwerks FUTURE zur Verfügung gestellt wird. Im Jahr 2025 konzentrierte das Netzwerk FUTURE sein Monitoring auf die folgenden Themenkreise:

- Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt
- EU-Programme und internationale Zusammenarbeit im BFI-Bereich
- Schweizerische Europapolitik
- Voranschlag 2026 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2027–2029
- Wissenschaftliche Politikberatung
- Akademischer Nachwuchs
- Fachkräftemangel
- Einführung von Zusatzbezeichnungen für die höhere Berufsbildung
- Praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS)
- Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft»
- Änderung des Gentechnikgesetzes
- Movetiagesetz
- Zweitveröffentlichungsgesetz
- Diverse für den BFI-Bereich relevante Vorstösse aus den eidgenössischen Räten

Sitzungen

Der Ausschuss des Netzwerks FUTURE tagte im Berichtsjahr im Rahmen von 7 ordentlichen Sitzungen:

- am 15. Januar (online),
- am 24. Februar,
- am 12. Mai,
- am 24. Juni, Klausursitzung,
- am 26. August,
- am 25. September (online)
- und am 27. November.

Im Jahr 2025 tauschten sich die Koordinatorin und die Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE mit einer Reihe weiterer Akteure und Organisationen über aktuelle Themen im BFI-Bereich aus. Nebst Institutionen der Hochschulwelt, Forschung und Innovation zählen Vertreterinnen und Vertreter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie weiterer Bundesdepartemente, der Agentur Movetia, der Kantone, der Wirtschaftsverbände, weiterer Interessengruppen sowie Parteisekretärinnen und Parteisekretäre dazu. Darüber hinaus pflegten die Koordinatorin und der Geschäftsstellenleiter den Austausch mit SwissCore sowie der Ständigen Mission der Schweiz bei der Europäischen Union in Brüssel.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2026

Münstergasse 64/66

3011 Bern

T 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch